Jugend gegen Rassismus: Was macht die SAV?

VON JAQUELINE KATHERINA SINGH

Am Wochenende des 20. und 21. Februar haben sich in Berlin 70 Aktivist_Innen getroffen. Darunter Mitglieder der Linksjugend [’solid] aus Bremen und Dresden, die ARAB, Revolution, RKJ, Waffen der Kritik München, Schüler_Innenbündnis aus Frankfurt am Main, mehrere Geflüchtetenaktivist_Innen wie Turgay Ulu oder Arash, Schüler_Innen der Bremer Gesamtschüler_Innenvertretung, sowie Bricolage Dresden und weitere Kräfte. Unterstützung für die Aktion zugesichert hat die Linksjugend [’solid] Essen und die Solidaritätspartei für Afghanistan.

Das Treffen war in erster Linie darauf ausgelegt, andere Gruppen anzusprechen, das Bündnis „Jugend gegen Rassismus“ zu vergrößern und um eine konkrete Aktion vorauszuplanen, die Unorganisierte anspricht und Rassismus im Alltag der Menschen thematisiert und angreift.
Kurz nach der Konferenz veröffentlichte die SAV – die die Konferenz beobachtet hat – auf ihrer bundesweiten Seite einen Bericht, in dem es heißt:

„Die Organisatoren begehen Fehler, wenn sie meinen, es reiche aus, ein paar linksradikale Gruppen zusammen zu werfen und den SchülerInnen vor Ort dann ein Konzept vorzulegen, ohne diese in den Prozess mit einzubeziehen. Bewegungen kann man nicht erzwingen oder von oben hervorrufen. Die Konferenz hätte ein Hebel für eine größere Bewegung sein können, wenn die Organisatoren vorher an die Schulen gegangen wären, sich für Unorganisierte geöffnet und einzelne Berichte aus dem Orten zusammengetragen hätte, um so zunächst ein Stimmungsbild einzuholen“

Die SAV begründet damit, was sie weiter unten in dem Bericht schreibt:

„Jugend gegen Rassismus haben wir uns nach diesem Wochenende nicht angeschlossen.“

Da dieses Schreiben nicht nur die am Treffen beteiligten Gruppen angreift, sondern auch REVOLUTION, wollen wir hier Stellung beziehen und Einiges richtig stellen.

Vorgeschichte

Die vergangenen Schulstreiks gegen Rassismus in Berlin haben teilweise bis zu 7000 Jugendliche auf die Straße gebracht – und das, obwohl sich damals im RSUS (Refugee Schul – und Unistreik-Bündnis) Berlin sehr wenig Gruppen beteiligten. Auch in den Bündnissen in Bremen, Frankfurt a. M. und Bonn beteiligen sich keine „großen“ Organisationen. Und doch haben diese mehrere Hunderte auf die Straße gebracht. Interesse an der Aktion gibt es also. Die Aktionen könnten ein ungleiches Maß größer sein, wenn sich größere Organisationen wie die bundesweite SAV, [’solid] bundesweit oder Marx21, die ihrerseits bedeutend größeren Druck auf Gewerkschaften ausüben könnten, daran beteiligen und dazu aufrufen würden. [’solid] NRW hat bereits Unterstützung zugesichert. Alleine in Berlin wäre es möglich, über 10.000 Schüler_Innen auf die Straße zu bringen. Doch leider weicht die bundesweite SAV einer Beteiligung trotz mehrmaliger Einladung immer wieder mit fadenscheinigen Gründen einer Teilnahme an „Jugend gegen Rassismus“ aus.

„Jugend gegen Rassismus“

Die SAV erhebt auf ihrer bundesweiten Seite den Vorwurf, wir hätten Schüler_Innen vor ein vorgefertigtes Konzept gestellt. Richtig wäre: Schüler_Innen wurde ein Vorschlag vorgelegt, an dem viele mitgewirkt haben und an dem Schüler_Innen auch Änderungsvorschläge eingebracht haben. Die SAV beteiligte sich nicht daran, Änderungen zu formulieren.

Zuvor hatten wir als REVOLUTION bereits auf dem Treffen der „Revolutionären Linken in [’solid]“ (RL), die maßgeblich von der SAV dominiert wird, in Dortmund im September 2015 einen Aufruf zur Teilnahme am Schulstreik im November 2015 vorgebracht, der abgelehnt wurde. Lediglich einen unverbindliches „Jede_R schaut mal vor Ort, ob so was angenommen wird und ob es Möglichkeiten dafür gibt“ blieb am Ende stehen.

Als die RL dann am 18. Dezember einen Aktionstag zu Antirassismus abhielt, verband sie auch dies nicht mit einer Mobilisierung über das eigene Umfeld hinaus.
Wir hatten Einheitsfrontaufrufe an viele linke Organisationen geschickt, auf die die SAV nicht im Sinne einer Schaffung einer Einheitsfront reagierte.
Als das RSUS Berlin zu einem bundesweiten Treffen aufrief, aus dem Anfang Januar „Jugend gegen Rassismus“ entstand, war die bundesweite SAV eingeladen, doch brachte sie sich weder in die Debatte ein, noch kam sie überhaupt. Auf dem Treffen wurde ein Vorschlag angenommen, der eine kurze Betrachtung des Rassismus auf der Straße, der Behörden und der Regierungen enthielt und folgende Forderungen aufstellte:

- Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe, volle Staatsbürger*innenrechte für Alle.
- Nein zur Festung Europa! Nein zu Grenzkontrollen, Residenzpflicht, Einreise- und Aufenthaltsbeschränkungen. Volle Bewegungsfreiheit für alle!
- Für das Recht auf Arbeit und die gewerkschaftliche Organisierung aller Geflüchteten, keine Kompromisse bei Mindestlohn und Sozialleistungen!
- Für freie Bildung, Anerkennung aller akademischen Qualifikationen und den vollwertigen Zugang zu Unis und FHs, Schulen und Ausbildungsbetrieben. Für kostenfreie Deutschkurse und weitere Bildungsangebote für Geflüchtete.
- Nein zu dem menschenunwürdigen Lagersystem! Enteignung leerstehenden Wohnraums und Nutzbarmachung öffentlicher

Immobilien zur dezentralen und selbstverwalteten Unterbringung von Geflüchteten und für massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus statt Privatisierung!
- Sofortige Beendigung aller Kriegseinsätze wie in Mali, Syrien, Afghanistan, Irak, Kosovo, dem Mittelmeer und vor dem Horn von Afrika! Schluss mit den deutschen Rüstungsexporten und der deutschen Aufrüstung!
- Gegen Polizeigewalt, rassistische und faschistische Angriffe! Organisieren wir eine Selbstverteidigung und zeigen wir Solidarität mit Betroffenen!
  Gegen das Morden im Mittelmeer und die Abschottungspolitik der EU!

Das war ausdrücklich als Vorschlag zu verstehen, andere Gruppen und Einzelpersonen konnten sich darauf beziehen und Gegenvorschläge und Ergänzungen beim vergangenen Treffen machen.

So überraschend und „von oben“ kann das Projekt Jugend gegen Rassismus eigentlich nicht sein. Im Vorfeld sind Mails an mehrere Gruppen versendet worden, die Konferenzen wurden offen beworben. Auch dass es kein Mitspracherecht gegeben habe, stimmt de facto nicht. Wer nicht zu Diskussionen kommt, wer nicht mal darauf reagiert, kann nicht erwarten, dass seine Position irgendwie vertreten wird.

„Uns nach ihr Massen, wir folgen euch!“

Aber das Problem, dass die SAV hat, liegt viel tiefer. Zum Einen enttarnt ihr Bericht und ihr Verhalten, was sie beim letzten Schulstreik in Berlin an den Tag gelegt haben, was schon Vielen klar war: Sie verstehen die Rolle der Führung nicht, sie verstehen nicht, wie eine wie auch immer geartete antirassistische Bewegung, die sich die SAV ja durchaus wünscht, aufgebaut werden kann.

Wenn man schreibt, dass man es bedauert, dass bei einer Aktion, die in erster Linie darauf ausgelegt war, andere Organisationen anzusprechen, kaum Schüler_Innen anwesend waren, dann wird man ein bisschen nachdenklich. Denn die Berliner Schüler_Innen waren übrigens beim Vernetzungstreffen des RSUS, dass es am Mittwoch davor gab. Rund 50 Leute waren dort anwesend, aber das kann die SAV nicht wissen, da sie nicht daran teilgenommen hat. Wenn man Unorganisierte ansprechen will, bedarf es einer Aktion und Forderungen, die man diesen anbieten bzw. vorschlägt. Von alleine gehen die wenigstens auf einen zu, noch seltener entscheiden sich einfach so Massen, spontan auf die Straße zu gehen. Vor allem wenn man sich in einer Situation befindet, in der rechtes Gedankengut immer gesellschaftskonformer wird und parlamentarische Parteien ihren Kurs nach rechts schwenken lassen.

Zum anderen ist das Problem der SAV, dass sie nicht alle vorgeschlagenen Forderungen teilte, die auf dem Treffen zur Diskussion standen und sich scheinbar davor scheuen, dass offen zu zeigen. Denn so fortschrittlich und revolutionär wie sie gerne tun, sind sie längst nicht. Offene Grenzen? Offen für Selbstverteidigung eintreten? Nein, das vermeidet die SAV. Sie hält häufiger notwendige Forderungen zurück. Begründet wird dass mit dem Allround-Argument, dass die Massen oder in diesem Fall Schüler_Innen, nicht „bereit“ für solche Forderungen wären. Also passt sich die SAV an das nach rechts gehende Bewusstsein an. Woran die SAV misst, wofür die Massen bereit sind, ist uns übrigens sehr schleierhaft. Im September lehnten sie auf dem bereits erwähnten Treffen der RL in [’solid] unsere Forderung nach antirassistischen Selbstverteidigungsstrukturen ab. Auf demselben Treffen legten sie ihre Zeitung aus, auf deren Titelblatt in großer Schrift antirassistische Selbstverteidigung gefordert wurde. Plausibel begründen konnte uns diesen Zick-Zack-Kurs keiner der gefragten Genoss_Innen der SAV.

Nur um das klar zu stellen: Es ist gut, Menschen von „dem Stand abzuholen, an dem sie sich befinden“. Problematisch wird es allerdings, wenn man das macht, indem man seine Politik verwässert und nicht versucht, das

Bewusstsein der Leute durch das Aufstellen und Begründen notwendiger Forderungen für den antirassistischen Kampf zu gewinnen.

Fragwürdig ist auch die
Aussage: *„Die Konferenz hätte ein Hebel für eine größere Bewegung sein können, wenn die Organisatoren vorher an die Schulen gegangen wären, sich für Unorganisierte geöffnet und einzelne Berichte aus dem Orten zusammengetragen hätte, um so zunächst ein Stimmungsbild einzuholen“*.

Nun, liebe SAV, meint Ihr nicht, dass bis zu 7000 Schüler_Innen bei vergangenen Schulstreiks in Berlin kein ausreichendes Stimmungsbild sind? Um das nochmal zu betonen: Diese 7000 wurden ohne Zutun von „großen“ Organisationen mobilisiert. Warum soll das Stimmungsbild in Städten wie Hamburg, Frankfurt, Rhein-Ruhr, Leipzig usw. so unfassbar anders ausfallen? Abgesehen davon: Selbst wenn sich „nur“ einige wenige Schüler_Innen zu kleinen Kundgebungen vor ihren Schulen versammeln, wäre es schon ein Schritt in die richtige Richtung, die von der SAV vermisste Basis zu erreichen und einzubinden.

Der große Fisch im kleinen Teich

Natürlich beteiligt man sich dann nicht gerne an einer Aktionm, an der sich Gruppen beteiligen, die Schulstreiks unter notwendigen Forderungen machen und relativ erfolgreich damit sind. Dann müsste man anfangen, sich vor seiner Basis zu rechtfertigen, warum man nicht offen für fortschrittliche Forderungen kämpft, sondern so tut, als ob Jugendliche und der Rest der Bevölkerung erst mit diffus linken Sachen erst diffus links politisiert werden müssen, bevor man ihnen „revolutionäre Politik“ zumutet.
Da liegt die Vermutung nahe, dass Teile der SAV-Führung versuchen, ihre Basis und Umfeld von anderen Gruppen und damit von politischen Diskussionen gezielt zu isolieren und fernzuhalten. Wir fragen uns, ob die SAV-Führung unsere Einladungen ihrer Mitgliedschaft wenigstens gezeigt hat.

Revolutionäre Arbeit ist kein Selbstzweck. Es geht nicht darum, Leute nur für die eigene Organisation zu gewinnen und irgendwie eine Nische zu finden, die andere Gruppen noch nicht besetzt haben. In schwierigen Zeiten sollten diejenigen, die behaupten, revolutionär zu sein, eine Antwort auf die Fragen, die aufkommen, geben und versuchen, nach ihren Möglichkeiten eine Perspektive aufzuzeigen. Sie sollten fest zu ihren Prinzipien stehen, auch wenn das heißt, gegen einen massiven Strom reaktionärer Gedanken anzuschwimmen. Das, was objektiv am dringlichsten nötig ist, sollte auch für die revolutionäre Organisation allererste Priorität haben. Doch was macht die SAV?

Fragen über Fragen

Warum macht sie das, was sie eventuell tun wird, erst jetzt? Warum nehmen sie nicht an einer Initiative teil, die bundesweit versucht, sich gegen die rassistische Bewegung zu stellen? Warum lehnen sie Jugend gegen Rassismus ab, aber beteiligen sich z.B. bei einem Bündnis auf Initiative der GEW? Ist das etwa mit einem Stimmungsbild gesichert oder von unten aufgebaut? Schätzen sie die aktuelle Lage anders ein? Ist es vielleicht gar nicht so dringend nötig, den Rassist_Innen etwas entgegenzustellen? Glaube sie, es reiche, jeden Montag zu Bärgida zu gehen? Das ist gut und wichtig, aber warum nicht die Proteste verbinden? Haben sie es nicht nötig, mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten? Oder stört es die SAV, dass nicht sie die Initiative ergriffen haben, als sie notwendig war? Haben sie Angst um ihr Umfeld? Wird die SAV als linksjugend [’solid] Kreuzkölln wieder wie beim letzten Schulstreik einen Lautsprecherwagen stellen wollen, obwohl sie nur vor ihren eigenen Schulen flyert und sich nicht am RSUS beteiligt? Nicht, dass das schändlich wäre… ein Lauti ist besser als kein Lauti. Aber was spricht dann dagegen, sich auch an der Mobilisierung in der ganzen Stadt zu beteiligen, damit der Lauti auch eine viel größere Reichweite erhält? Machen sie wirklich, wie einige ihrer Mitglieder sagen und wie es in dem Bericht von Tom Hoffmann herauskommt, eine „Einheitsfront von unten“?

Eine wichtige Sache ist, die eigene Politik in der Praxis zu überprüfen. Nach dem letzten Schulstreik in Berlin ist das offensichtlich nicht getan worden. Dass 4000 Jugendliche auf die Straße gegen Rassismus gegangen sind, reicht anscheinend nicht aus, um dafür zu sorgen, dass man sich am RSUS beteiligt.

Nein, vor den Schulen zu flyern, an denen man ohnedies verankert ist, während andere Organisationen und Schüler_Innen durch ganz Berlin fahren, um zu plakatieren, flyern und Aktionskomitees aufzubauen, dann aber einen Lauti zu stellen, heißt nicht „das man was getan hat".

Eine weitere Einladung

Wir sagen hier nochmal, dass sich unsere Kritik vor allem auf das Verhalten der bundesweiten SAV und auch der Berliner Gruppe bezieht. Umso erfreulicher ist es, wenn einzelne SAVler_Innen ihr Interesse an der Mitwirkung bei „Jugend gegen Rassismus" zeigen.

Wir hoffen weiterhin auf eine Diskussion, die die oben aufgeworfenen Fragen klärt und warten auf die Alternative seitens der SAV, die uns voran bringt.
Deswegen laden wir die SAV weiter dazu ein, zu Jugend gegen Rassimus zu stoßen, ihre Kritik IN dem Bündnis vorzubringen, Druck auf die „großen" Organisationen wie Gewerkschaften vor allem aber [’solid] auszuüben und bei der Mobi viele der oft genannten unorganisierten Schüler_Innen mitzureißen!
Wir werden immer wieder dazu aufrufen, das nächste Mal beim Treffen der RL in Heidelberg!